

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
Eing.: 25. AUG. 2014
LG-02497-2014/0001/LAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesparlament Wien
gemäß § 125 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung

INITIATIVANTRAG

DER PRÄSIDENT DES
WIENER LANDTAGES
SEKRETARIAT
25. AUG. 2014
EINGELANGT

der Landtagsabgeordneten KR Kurt Wagner, Christian Deutsch, Marianne Klicka,
Anica Matzka-Dojder, Gabriele Mörk (SPÖ) sowie Dr. Jennifer Kickert (GRÜNE)

**betreffend die Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes 1987 –
Wr. KAG**

Begründung

Das Europäische Parlament und der Rat haben am 9. März 2011 die Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, ABl. Nr. L 88 vom 04.04.2011, erlassen. Der Bund hat mit dem EU-Patientenmobilitätsgesetz – EU-PMG, BGBl. I Nr. 32/2014, die grundsatzgesetzlichen Regelungen im Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten (KAKuG) zur Umsetzung der Richtlinie vorgegeben.

Mit dem vorliegenden Entwurf werden die erforderlichen landesgesetzlichen Ausführungsbestimmungen vorgenommen.

Die unterfertigten Landtagsabgeordneten stellen gemäß § 125 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung und § 30b Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien folgenden

INITIATIVANTRAG

Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 – Wr. KAG geändert wird, wird zum Beschluss erhoben.

Wien, am 25. August 2014

Beilage:
Gesetzesentwurf

Handwritten signatures of the Landtag members: Kurt Wagner, Christian Deutsch, Marianne Klicka, Anica Matzka-Dojder, and Gabriele Mörk.

ENTWURF

Jahrgang 2014

Ausgegeben am xx. xxxxxx 2014

xx. Gesetz: Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 – Wr. KAG; Änderung

xx.

Gesetz, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 – Wr. KAG geändert wird

Der Wiener Landtag hat beschlossen:

Das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 – Wr. KAG, LGBl. für Wien Nr. 23, zuletzt geändert durch das Gesetz, LGBl. für Wien Nr. 5/2014 wird wie folgt geändert:

1. § 17a Abs. 2 lit. g lautet:

„g) Recht auf Einsicht in die Krankengeschichte bzw. auf Herstellung einer Kopie der Krankengeschichte gegen Kostenersatz;“

2. Nach § 17a Abs. 4 wird folgender Abs. 4a eingefügt:

„(4a) Der Rechtsträger der Krankenanstalt hat die Patientinnen und Patienten auf Nachfrage über die Haftpflichtversicherung nach § 6c zu informieren.“

3. § 17a Abs. 7 wird folgender Satz angefügt:

„Der Rechtsträger der Krankenanstalt hat den Patientinnen und Patienten klare Preisinformationen zur Verfügung zu stellen, soweit diese im Zeitpunkt der Aufnahme vorhersehbar sind und die Leistungen nicht über den Wiener Gesundheitsfonds abgerechnet oder durch einen inländischen Träger der Sozialversicherung oder der Krankenfürsorge übernommen werden.“

4. § 46a Abs. 1a lautet:

„Der Kostenbeitrag gemäß Abs. 1 wird ab dem Jahr 2008 mit 7,82 Euro pro Kalendertag festgesetzt.“

5. § 46a Abs. 1b entfällt.

6. § 46a Abs. 4 lautet:

„(4) Die Landesregierung hat den Kostenbeitrag nach Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 1a sowie nach Abs. 2a zum 1. Jänner eines jeden Jahres zu valorisieren und zwar in jenem Verhältnis, in dem sich der Wert des vorangegangenen Oktober-Index des Verbraucherpreisindex 1986 oder des an seine Stelle tretenden Index gegenüber dem Oktober-Index des zweitvorangegangenen Jahres verändert hat. Würde für das Jahr 2005 die Summe aller Beiträge gemäß Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 1a, Abs. 5 und Abs. 6 unter Berücksichtigung der Valorisierung 10 Euro pro Kalendertag übersteigen, ist die Valorisierung erstmals für das Jahr 2006 vorzunehmen.“

7. Nach § 51 Abs. 1 werden folgende Abs. 1a und 1b eingefügt:

„(1a) Sofern es sich nicht um Fälle der Unabweisbarkeit handelt, kann der Rechtsträger einer Krankenanstalt abweichend von Abs. 1 eine Aufnahme ablehnen, wenn die Krankenanstalt durch diese Aufnahme einer Aufnahme von Personen mit Wohnsitz im Bundesgebiet nicht mehr in einem angemessenem Zeitraum nachkommen könnte.

(1b) Die Landesregierung kann durch Verordnung vorsehen, dass für die Verrechnung von Leistungen für Personen, die auf Grund der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung aufgenommen werden, die entsprechenden Regelungen herangezogen werden, die für Personen gelten, die auf Grund der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, ABl. Nr. 166 vom 30.04.2004 S. 1, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 517/2013, ABl. Nr. L 158 vom 10.06.2013 S. 1, aufgenommen werden.“

8. § 51 Abs. 3 Z 5 lautet:

„5. Personen, die Staatsangehörige von Vertragsparteien des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Abkommen) oder von EU-Mitgliedstaaten sind.“

9. Nach § 61 Abs. 2 werden folgende Abs. 2a und 2b eingefügt:

„(2a) Es ist sicherzustellen, dass in jedem Fall die der Patientin oder dem Patienten im Sinne der Richtlinie 2011/24/EU in Rechnung gestellten Kosten nach objektiven, nichtdiskriminierenden Kriterien berechnet werden.

(2b) Die Krankenanstalt hat, sofern die Leistungen nicht über den Wiener Gesundheitsfonds abgerechnet oder durch einen inländischen Träger der Sozialversicherung oder der Krankenfürsorge übernommen werden, nach erbrachter Leistung, eine Rechnung über diese auszustellen.“

10. § 72 lautet:

„§ 72

Umsetzung von Gemeinschaftsrecht

Durch dieses Gesetz werden folgende Richtlinien der Europäischen Union umgesetzt:

1. Richtlinie 2002/98/EG zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, ABl. Nr. L 33 vom 8. Februar 2003, S. 30;
2. Richtlinie 2004/33/EG zur Durchführung der Richtlinie 2002/98/EG hinsichtlich bestimmter technischer Anforderungen für Blut und Blutbestandteile, ABl. Nr. L 91 vom 30. März 2004, S. 25;
3. Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, ABl. Nr. L 88 vom 04.04.2011 S. 45.“

Der Landeshauptmann:

Der Landesamtsdirektor: